



Balasan-Initiative
für Menschenrechte



ISRAELS HEIMLICHE ANNEXION: Bethlehem als Blaupause



Wer ist die BALSAN-Initiative

“Die Balasan Initiative for Human Rights ist eine unabhängige, überparteiliche palästinensische Menschenrechtsinitiative, die ordnungsgemäß in Palästina registriert ist und mit dem Ziel gegründet wurde, die Menschenrechte in den besetzten palästinensischen Gebieten unterschiedslos und gemäß den Vorgaben des Völkerrechts zu fördern. Durch Rechtsbeistand, Forschung und Politikplanung versuchen wir, die Politik zu hinterfragen, die das Fortbestehen von Ungerechtigkeit in den besetzten palästinensischen Gebieten ermöglicht, und gleichzeitig die Auswirkungen der aktuellen Situation auf die palästinensischen Christen zu beleuchten.

Die Balasan Initiative wurde **von jungen palästinensischen Christen gegründet** und hat zum Ziel, ein Bewusstsein für die Narrative, Hoffnungen und Erfahrungen palästinensischer Christen zu schaffen und zu schärfen. Ihr vorrangiges Ziel ist es, die Präsenz dieser Bevölkerungsgruppe in ihrer Heimat Palästina zu festigen, indem sie die Ursachen für Auswanderung und Fragmentierung direkt angeht.”

<https://balasan.org/https-balasan-org-who-we-are/>

(Übersetzt mit DeepL . Die Karten aus der Broschüre wurden durch die Originale ersetzt, um eine bessere Lesbarkeit zu gewährleisten.

Arne Andersen)

*Dieser Bericht wurde dank der finanziellen Unterstützung **der Catholic Agency for Overseas Development (CAFOD)** ermöglicht. Die hierin geäußerten Ansichten sind die von **BIHR** und spiegeln daher nicht unbedingt die Meinung von **CAFOD** wider.*

Israels heimliche Annexion: Bethlehem als Blaupause

Zusammenfassung	2
1. Einleitung	3
2. Bethlehem und die israelische Besatzung	4
3. Heimliche Annexion	6
a. Modalitäten der Annexion	7
b. Annexion vor Ort in Bethlehem	8
c. Eskalierende Politik der Zwangsumsiedlung in Bethlehem	10
4. Einblicke in Annexion und Gewalt durch Siedler im Gouvernement Bethlehem	13
5. Völkerrecht	16
5. Schlussfolgerung und Empfehlungen	18

Zusammenfassung

Die Annexionspolitik Israels hat massive Auswirkungen auf das palästinensische Land und Volk. Sie hat jedoch besonders gravierende Folgen für die verbliebene christliche Gemeinschaft in Bethlehem. Die systematische Ausweitung der Siedlungen, Landaneignungen, Abrissmaßnahmen und ein dichtes Netz rechtlicher und administrativer Kontrollen beeinträchtigen das tägliche Leben der Palästinenser in der Provinz, untergraben jegliche Aussicht auf eine zukünftige palästinensische Souveränität und stellen die weitere Präsenz palästinensischer Christen am Geburtsort des Christentums in Frage.

Einst waren sie in Bethlehem in der Mehrheit, heute sind die palästinensischen Christen dort eine Minderheit. Der Druck durch die Annexionspolitik Israels und die damit einhergehenden repressiven Sicherheitsmaßnahmen hat zu einer hohen Auswanderungsrate unter den palästinensischen Christen aus Bethlehem geführt, wodurch ihre Gemeinschaft schrumpft und Gefahr läuft, irgendwann ganz zu verschwinden.

Das Gouvernement Bethlehem ist ein Mikrokosmos der heimlichen Annexion durch Israel, mit der die israelische Kontrolle über Land und Ressourcen im Westjordanland gefestigt und das palästinensische Gebiet und die palästinensischen Gemeinschaften zersplittert werden sollen. Die Annexion und Besiedlung von Land durch Israel ist de facto dauerhaft geworden, wenn auch noch nicht de jure. Die unzähligen Maßnahmen, die Israel zu diesem Zweck ergriffen hat, laufen seit der Besetzung des Westjordanlands im Jahr 1967, haben aber unter der derzeitigen Regierung an Intensität zugenommen. Israel hat ein dichtes Netz aus verfahrenstechnischen, administrativen, legislativen und strukturellen Maßnahmen eingesetzt, verstärkt durch den Bau von Siedlungen und Infrastruktur sowie willkürliche und drastische Sicherheitsmaßnahmen, die durch staatliche und Siedlergewalt unterstützt werden, um sein Annexionsprojekt voranzutreiben.

Die palästinensischen Gemeinden in Bethlehem, sowohl christliche als auch muslimische, werden systematisch durch Siedlungen eingezäunt und durch Mauern, Genehmigungsregelungen und den Bau von Straßen, die nur für Siedler zugänglich sind, zunehmend von Jerusalem und anderen palästinensischen Ortschaften getrennt. Behelfsmäßige Kontrollpunkte und Barrieren werden zu dauerhaften Einrichtungen, während Massenabrisse und Gewalt durch Siedler, unterstützt und begünstigt durch den israelischen Staat, zunehmen.

Die Praktiken Israels stellen schwere Verstöße gegen das Völkerrecht dar, darunter die wahllose Um-siedlung seiner Bevölkerung in besetzte Gebiete, die Vertreibung von Palästinensern, Apartheid und Verfolgung.

Dieser Bericht identifiziert die Modalitäten der Annexions- und Siedlungspolitik Israels im Gouvernement Bethlehem und deren Auswirkungen auf die christliche Gemeinschaft in der Region. Zu den Empfehlungen an wichtige Interessengruppen, um Israel zur Achtung der Rechte der christlichen und muslimischen Gemeinschaften in der Region zu bewegen, gehören unter anderem die folgenden:

- Die Vereinten Nationen sollten regelmäßige, periodische und nach Kategorien aufgeschlüsselte Berichte über israelische Verstöße erstellen, um Fälle von Zerstörungen, Landaneignungen, Siedlungsbau, Massenverhaftungen und Zwangsvertreibungen in Bethlehem zu dokumentieren und so dem Mangel an verlässlichen Statistiken für das Gouvernement entgegenzuwirken.
- Die EU und ihre Mitgliedstaaten sollten internationale rechtliche Bemühungen unterstützen, beispielsweise durch den Internationalen Strafgerichtshof (ICC), um israelische Beamte, Einrichtungen und Personen zur Rechenschaft zu ziehen, die durch Aktivitäten, die Israels De-facto-Annexionspolitik vorantreiben, einschließlich Landeignung, Zwangsumsiedlung und Zerstörung palästinensischer Gemeinden und Strukturen, gegen das Völkerrecht verstößen.
- Der Staat Palästina sollte eine Strategie für ein viel intensiveres Engagement zur Unterstützung lokaler Gemeinden, NGOs, Schutzkomitees und Gemeinschaften, insbesondere in Gebiet C, entwickeln und umsetzen.

1. Einleitung

Während Israel die Ausweitung seiner Siedlungen und die Annexion palästinensischen Landes im Westjordanland vorantreibt, befindet sich das palästinensische Gouvernement Bethlehem, der historische Geburtsort Jesu, wenige Kilometer südlich von Jerusalem, im Auge des metaphorischen Sturms. Achtundfünfzig Jahre nachdem Israel während des Sechstagekrieges die Kontrolle über das Gouvernement übernommen hatte, hat die extremste und rechtsextremste Regierung in der Geschichte Israels unter der Führung von Premierminister Benjamin Netanyahu den Prozess der israelischen Besiedlung und Annexion in diesem Gebiet massiv vorangetrieben. Die Palästinenser von Bethlehem sind bereits von israelischen Siedlungen umzäunt, ihre Lebensgrundlagen werden durch das dichte Netz von verfahrenstechnischen, administrativen, legislativen und strukturellen Modalitäten eingeschränkt, die Israel zur Durchsetzung seines Siedlungsprojekts im Westjordanland einsetzt, und ihr Leben ist durch die Gewalt der Siedler und die Brutalität der israelischen Sicherheitskräfte bedroht. Ihr Leben wird noch wesentlich schwieriger werden.

Dieser Bericht untersucht und erläutert die Modalitäten der Annexion des Gouvernements Bethlehem, einem wichtigen Schauplatz der israelischen Siedlungsaktivitäten im Westjordanland, durch Israel. Er beschreibt detailliert, wie Israel systematisch die Rechte der Palästinenser nach internationalem Recht verletzt und wie die Realität vor Ort jede Form palästinensischer Souveränität unmöglich gemacht hat und sogar ihre zukünftige Präsenz in ihrem eigenen Land in Frage stellt. Er argumentiert, dass Bethlehem sowohl ein Fallbeispiel dafür ist, wie die israelische Besatzung in der Praxis funktioniert, als auch ein Testfall für die internationale Gemeinschaft und die schweren Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die sie Israel ungestraft begehen lässt.

Die neue rechtsextreme Regierung Israels hat ihre heimliche Annexion im Westjordanland seit Dezember 2022 beschleunigt, vor allem aber unter dem Deckmantel ihrer massiven Militäroperation im Gazastreifen seit dem 7. Oktober 2023. Obwohl dies von der humanitären Katastrophe überschattet wird, die Israel im Gazastreifen verursacht, schafft die Beschleunigung des israelischen Siedlungs- und Annexionsprojekts im Westjordanland Hindernisse für die Zwei-Staaten-Lösung oder jeden zukünftigen Frieden zwischen Israel und den Palästinensern, die ebenso unüberwindbar sind wie die durch Israels Aktionen im Gazastreifen verursachten Hindernisse.

Während Israels Operation „Eiserne Mauer“ in den palästinensischen Flüchtlingslagern im Norden des Westjordanlands umfangreiche Zerstörungen angerichtet hat, ist Bethlehem, ein historisches Zentrum für Christen im Westjordanland, das seit der Gründung Israels 1948 vom israelischen Staat als Teil eines expansiven „Groß-Jerusalems“ betrachtet wird, ein kritischer Ort für Israels Siedlungsprojekt und ein Fallbeispiel dafür, wie dieses vor Ort umgesetzt wird.

Die Modalitäten der schleichenden Annexion des Westjordanlands durch Israel sind vielfältig und verstärken sich gegenseitig. Rechtliche und administrative Änderungen erleichtern die Beschleunigung der Landeignung, insbesondere seit Dezember 2022, und ebnen den Weg für die massive Ausweitung der Siedlungen und der Infrastruktur der Besetzung vor Ort. Das palästinensische Gebiet wird noch stärker fragmentiert und palästinensische Städte, Gemeinden und Dörfer werden noch isolierter, wobei der Zugang zu ihren landwirtschaftlichen Hinterländern und den für ihr Überleben notwendigen Wasserressourcen noch stärker eingeschränkt wird. Unterdessen setzt Israel den Abriss palästinensischer Gebäude, Häuser und Stadtviertel sogar in den Gebieten A und B unvermindert fort, die gemäß den Osloer Abkommen unter ausschließlicher palästinensischer Kontrolle bzw. unter palästinensischer Zivilverwaltung und israelischer Sicherheitskontrolle stehen. Die Zukunft der Palästinenser im Westjordanland – sofern sie überhaupt langfristig auf ihrem Land bleiben dürfen – könnte in einer Reihe isolierter Ghettos liegen, einem neuen Gulag-Archipel, das dem Schicksal der Palästinenser im [Gazastreifen](#) sehr ähnlich ist.

2. Bethlehem und die israelische Besatzung

Bethlehem wurde nach der Gründung des Staates Israel im Jahr 1948 zum wichtigsten Zentrum für palästinensische Christen, als die Zahl der palästinensischen Christen im historischen Palästina unmittelbar nach der Nakba¹ von 10-12 % auf 3 % sank, bis sie heute weniger als 1 % beträgt. Mit der Errichtung von drei Flüchtlingslagern – Azza, Aida und Dheisheh – für Palästinenser, die nach der Nakba von israelischen Streitkräften vertrieben worden waren, verlor Bethlehem jedoch zum ersten Mal in der modernen Geschichte seine christliche Mehrheit. Das israelische Militär besetzte das Gebiet um Bethlehem zusammen mit dem Rest des Westjordanlands und Ostjerusalems im Sechstagekrieg 1967 von den jordanischen Streitkräften.

Das Westjordanland wurde nicht offiziell annektiert, was bedeutete, dass die mehr als 1,5 Millionen Palästinenser, die damals unter seine Kontrolle fielen, nicht zu israelischen Staatsbürgern gemacht wurden, da die Palästinenser innerhalb des Gebiets blieben, das 1948 zu Israel wurde. Dies bedeutete auch, dass den Palästinensern, die 1967 unter israelische Herrschaft kamen, nicht die vollen Rechte israelischer Staatsbürger gewährt werden mussten.

Der Bau von Siedlungen in der Region Bethlehem begann weniger als ein Jahr nach der Besetzung des Westjordanlands im Jahr 1967. Durch die Nicht-formelle Annexion des Westjordanlands nach dessen Besetzung hat Israel den Status des Gebiets nicht offiziell geändert, sondern daran gearbeitet, eine neue Realität der Annexion vor Ort zu schaffen, die die in Oslo gemachten Versprechen einer palästinensischen Staatlichkeit de facto null und nichtig macht.

Ein Großteil des beschlagnahmten Landes befand sich in Privatbesitz von Palästinensern und

¹ Die Nakba-„Katastrophe“ von 1948 bezieht sich auf die Massenvertreibung und Enteignung von 750.000 Palästinensern und die Zerstörung von 530 palästinensischen Dörfern im historischen Palästina durch israelische Milizen, um das später als heutiges Israel anerkannte Gebiet zu errichten.

insbesondere im Gebiet von Bethlehem im Besitz von Kirchen.²

Ursprünglich wurden gemäß den Osloer Verträgen 85 Prozent der 660 Quadratkilometer großen Provinz Bethlehem als Gebiet C ausgewiesen, das unter der ausschließlichen zivilen und militärischen Kontrolle Israels stand.³ Das einzige Gebiet der Provinz Bethlehem, das als Gebiet A ausgewiesen wurde und unter palästinensischer Sicherheits- und Verwaltungskontrolle stand, war die Stadt Bethlehem selbst und ihre Vororte.

Israel hat den Palästinensern in den von ihm damals besetzten Gebieten bereits während des Sechstagekrieges ein strenges Genehmigungssystem auferlegt. Dieses Genehmigungssystem wurde auf alle Lebensbereiche ausgeweitet, vom Besitz von Devisen über Bauarbeiten, die Installation von Wasseranlagen, Elektroarbeiten, Import und Export bis hin zum Betrieb jeglicher Transportmittel, einschließlich Eselskarren.

Die Besetzung durch Israel hat die Demografie von Bethlehem erheblich verändert. Diese Politik führte zur bewussten Schaffung eines repressiven Umfelds, in dem Grundrechte verletzt werden und es keine Würde, Freiheit oder Rechtsmittel gibt. Christen sind in großer Zahl „ausgewandert“, auf der Suche nach einem Leben und Lebensunterhalt, das nicht von Unterdrückung, Gewalt und Enteignung belastet ist.

Zwischen den Wellen von Flüchtlingen, die durch israelische Militäroperationen vertrieben wurden, und der hohen Auswanderungsrate ist der Anteil der Christen an der Bevölkerung der Region von 85 Prozent im Jahr 1947 auf zehn Prozent im Jahr 2017 zurückgegangen.⁴ Für Christen besteht eine tiefe spirituelle Verbindung zwischen Bethlehem und Jerusalem und den Säulen des christlichen Glaubens.⁵ Erstes war der Ort der Geburt Christi, während Letzteres der Ort der Auferstehung war. Die Infrastruktur der israelischen Besatzung, einschließlich der Annexionsmauer und des strengen Systems von Reisegenehmigungen, hat jedoch zum ersten Mal in ihrer Geschichte die Verbindung zwischen Bethlehem und Jerusalem für palästinensische Christen unterbrochen. Die Beschränkungen haben auch den Tourismus in der Region stark beeinträchtigt, der angesichts der historischen Bedeutung des Gebiets einen wichtigen Beitrag zur Wirtschaft und zu den lokalen Gemeinschaften geleistet hat.⁶ **Bis Juni 2025 war die Arbeitslosigkeit auf 31 Prozent gestiegen, und die Stadt verlor täglich etwa 2,5 Millionen Dollar an Tourismuseinnahmen.**⁷

3. Heimliche Annexion

Annexion wird in der Regel als ein einziger, entscheidender Akt der Ausweitung der Souveränität über ein Gebiet verstanden, nach dem staatliche Rechts- und Verfahrensnormen sowie Verwaltungspraktiken ausgeweitet werden, um die militärische und sicherheitspolitische Kontrolle zu verstärken, woraufhin die Wirtschaft der Region, die Infrastruktur und sogar ihre Demografie neu gestaltet werden können.⁸ Die Annexion im Westjordanland folgt diesem Paradigma nicht.

Seit der Übernahme der Kontrolle über das Gebiet im Jahr 1967 hat Israel langsam, aber sicher daran gearbeitet, das Gebiet heimlich zu annexieren – indem es die administrative, verfahrensrechtliche, rechtliche, demografische und wirtschaftliche Realität der Annexion und die dafür erforderliche Infrastruktur ohne die rechtliche Anerkennung der Ausweitung der formellen rechtlichen Souveränität umgesetzt hat.

² Siehe beispielsweise „[Christliche Gruppen wollen Israels Landenteignung stoppen](#)“, Religion News Service, 19. November 2024.

³ „[Gouvernement Bethlehem: Fragmentierung und humanitäre Belange – OCHA-Factsheet](#)“, Büro der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten, Januar 2015.

⁴ Siehe beispielsweise „[Ein weiteres trostloses Weihnachtsfest in Bethlehem, da christliche Familien das Westjordanland verlassen](#)“, Reuters, 2. Dezember 2024. „[Geschätzte Bevölkerung in Palästina zur Jahresmitte nach Gouvernements, 1997–2026](#)“, Palästinensisches Zentralamt für Statistik, Staat Palästina. Zugriffsdatum: 20. Juli 2025.

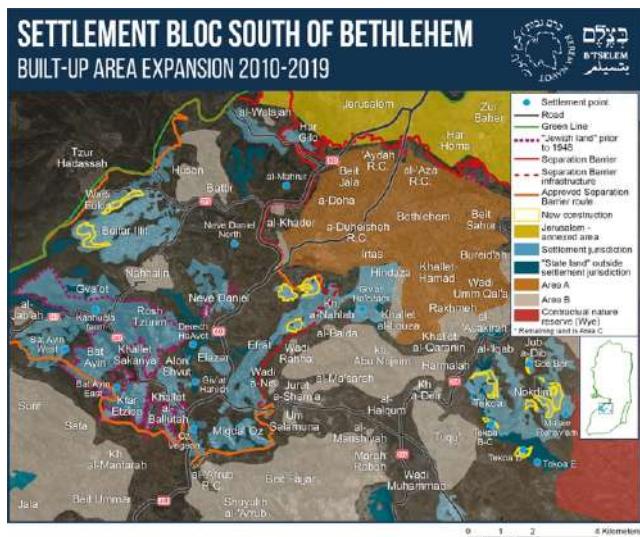
⁵ „[Annexion des Landes der Trauben und Weinreben: Fallstudie zum Al-Makhrour-Tal](#)“, Balasan Initiative for Human Rights, Juni 2020.

⁶ „[Bewohner von Bethlehem verlieren Arbeit und Land aufgrund der sich verschlechternden Lage](#)“, Vatican News, 11. Juni 2025.

⁷ „[Notfallprogramm bietet Lebenshilfe in Bethlehem](#)“, Catholic Near East Welfare Association, 11. August 2024.

⁸ Siehe zum Beispiel „[Annexion \(Verbot der\)](#)“, Wie schützt das Recht im Krieg?, Internationales Komitee vom Roten Kreuz.

Die Tatsache, dass dieser Annexionsprozess so schrittweise verlaufen ist, hat Israel in die Hände gespielt, da er dadurch schwerer zu erkennen war – die Fortschritte Israels werden erst im Nachhinein deutlich – und dem Land ein gewisses Maß an Deckung und Leugnungsmöglichkeiten verschafft hat.⁹



Wenn Israel das Westjordanland formell annexiert, wird dies nur die formelle rechtliche Ratifizierung eines Prozesses sein, der in Wirklichkeit seit dem Sechstagekrieg 1967 im Gange ist. Der jüngste, nicht bindende Antrag, der im Juli von der Knesset mit überwältigender Mehrheit von 71 zu 13 Stimmen angenommen wurde, war praktisch eine Absichtserklärung, in der festgestellt wurde, dass die Annexion des Westjordanlands „den Staat Israel und seine Sicherheit stärken und jegliche Infragestellung des Grundrechts des jüdischen Volkes auf Frieden und Sicherheit in seiner Heimat verhindern wird.“¹⁰ Eine neue Realität hat sich vor Ort schon lange zuvor geschaffen, sogar schon zur Zeit der Osloer Verträge; die Fiktion eines unabhängigen und

souveränen Staates Israel, der den Palästinensern damals angeboten wurde, vielleicht ermöglicht durch begrenzte Landtauschgeschäfte, wurde seitdem durch die schleichende Annexion Israels durch Heimlichtuerei entscheidend untergraben.

Der massive Ausbau der Infrastruktur und die neue demografische Realität, die Israel geschaffen hat, schließen künftige substanzelle Zugeständnisse im Westjordanland praktisch aus. Die Zahl der israelischen Siedler im Westjordanland ist seit Oslo I im Jahr 1993 bis heute um das 6,5-Fache gestiegen – von 115.700 auf 750.000.¹¹ Israel zahlte den 8.475 Siedlern, die es 2005 im Zuge seines Rückzugs aus dem Gazastreifen umgesiedelt hatte, jeweils zwischen 150.000 und 400.000 Dollar, obwohl es sich um eine Lockvogelaktion handelte, die internationale Zustimmung fand und vom damaligen UN-Generalsekretär als „mutige Entscheidung“ gelobt wurde, während Israel im selben Jahr zuließ, dass die Siedlerbevölkerung im Westjordanland um 15.800 Menschen anwuchs.¹²

Die neue Realität, die Israel vor Ort im Westjordanland geschaffen hat, ist zu fest verankert, als dass sie vom Staat Israel – selbst mit der Unterstützung großzügiger ausländischer Geldgeber – politisch, demografisch und finanziell rückgängig gemacht werden könnte. Es ist nicht mehr realistisch anzunehmen, dass die Besetzung durch Israel nur vorübergehend ist oder dass eine Zwei-Staaten-Lösung für die Palästinenser in greifbarer Nähe liegt.

a. Modalitäten der Annexion

Israel nutzt seit langem eine Vielzahl von verfahrenstechnischen, administrativen, legislativen und strukturellen Mitteln, um seine Annexion des Westjordanlands heimlich voranzutreiben. Die rechtsextreme Regierung Israels hat jedoch Änderungen eingeführt, die das rechtliche, strukturelle und administrative Umfeld, in dem die Besiedlung des Westjordanlands voranschreitet, grundlegend verändert und den Prozess der Siedlungsausweitung vor Ort beschleunigt haben. Seit den 1970er Jahren hat Israel die Verwaltung der israelischen Siedlungen schrittweise von den Militärbehörden auf zivile Behörden übertragen, während die

⁹ „Update: Vorantreiben der Isolation für die Annexion: Bethlehem zwischen E1 und zusätzlichen Bewegungsbeschränkungen“, Balasan Initiative for Human Rights, 15. September 2025.

¹⁰ „Israelisches Parlament verabschiedet symbolischen Antrag zur Annexion des Westjordanlands“, Al Jazeera, 23. Juli 2025.

¹¹ Avi Shlaim, „Jetzt ist klar: Die Osloer Friedensabkommen wurden durch Netanjahus Unaufrichtigkeit zunichte gemacht“, The Guardian, 12. September 2013; „Während alle Augen auf Gaza gerichtet sind, expandieren jüdische Siedler im Westjordanland“, NPR, 7. August 2024.

¹² „Jüdische Siedler erhalten Hunderttausende als Entschädigung für den Auszug aus Gaza, während die für sie arbeitenden Palästinenser leer ausgehen“, Democracy Now, 16. August 2005. „Palästina: Die vergessene Realität“, Le Monde Diplomatique, Dezember 2005.

Palästinenser im Westjordanland weiterhin unter militärischer Kontrolle stehen. Die Ernennung des rechtsradikalen Siedlers Bezalel Smotrich zum Finanzminister und zusätzlichen Minister im Verteidigungsministerium, der für zivile Angelegenheiten zuständig ist und im Rahmen eines langwierigen Streits innerhalb der fragilen Regierungskoalition bedeutende Befugnisse erlangt hat, hat diesen Prozess erheblich beschleunigt.¹³ Smotrich veranlasste die Schaffung eines neuen Postens, des stellvertretenden Leiters der Zivilverwaltung für zivile Angelegenheiten, und die Ernennung von Hillel Roth für diese Position ohne öffentliche Ausschreibung.¹⁴ Der bisherige Leiter der Zivilverwaltung übertrug daraufhin fast alle seine Befugnisse auf den stellvertretenden Posten und gab Roth, Smotrichs langjährigem ideologischen Verbündeten, die Kontrolle über die Zivilverwaltung des Westjordanlands. Damit wurde innerhalb des israelischen Verteidigungsministeriums () eine neue Regierungsbehörde geschaffen – die Siedlungsverwaltung –, die unter der Kontrolle der radikalen Siedlerbewegung steht und einer zivilen Übernahme dessen gleichkommt, was bisher eine militärische Vorrecht war.¹⁵

Darüber hinaus kündigte Israel am 11. Mai 2025 ein neues Verfahren zur Landregistrierung in Gebiet C an, das unter ausschließlicher israelischer Kontrolle steht und in dem schätzungsweise 300.000 Palästinenser leben. Damit soll das endgültige rechtliche Eigentum an dem Land festgelegt werden.¹⁶ Damit werden die Bemühungen der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA), die 1994 im Rahmen der Osloer Verträge als vorläufige Regierungsbehörde für die besetzten Gebiete gegründet wurde, palästinensisches Land in diesem Gebiet zu registrieren, blockiert. Angesichts der Voreingenommenheit Israels im Umgang mit palästinensischen Landansprüchen im Westjordanland in der Vergangenheit und des erklärten Ziels des Gesetzes laut dem israelischen Verteidigungsminister Israel Katz, „die jüdische Besiedlung in Judäa und Samaria (wie israelische Hardliner das Westjordanland nennen) zu stärken, zu festigen und auszuweiten“, wird dies wahrscheinlich zu einer massiven Entfremdung der Palästinenser in Gebiet C von ihrem Land führen.¹⁷ Die Unumkehrbarkeit dieser Maßnahme bedeutet, dass sie nach internationalem Recht illegal ist.¹⁸

Die Auswirkungen dieser Maßnahme werden durch einen Gesetzesentwurf mit dem Titel „Beseitigung der Diskriminierung beim Kauf von Immobilien in Judäa und Samaria“ noch verstärkt.¹⁹ Dieser würde es Israelis ermöglichen, palästinensisches Land im Westjordanland direkt zu erwerben, wodurch das Verfahren zur Erlangung von „Transaktionsgenehmigungen“, das bisher den Kauf von Land durch Israelis eingeschränkt hat und sicherstellt, dass der Erwerb von Land nicht die Politik der israelischen Regierung untergräbt oder die Fähigkeiten Israels zur Gewährleistung der Sicherheit für das Leben und Eigentum der Israelis übersteigt, vollständig entfällt.

Insbesondere angesichts der Tatsache, dass dieses Gesetz die Tür für fragwürdige Transaktionen und gefälschte Verkäufe durch Siedler öffnet, „privatisiert“ es effektiv die Sicherheits- und Siedlungspolitik Israels im Westjordanland und legt sie in die Hände der potenziell radikalsten Elemente der israelischen Siedlerbewegung. **Dieses Gesetz könnte zusammen mit dem Prozess der Landregistrierung innerhalb weniger Jahre die Realität im Westjordanland grundlegend verändern und die Palästinenser in isolierten Enklaven einschließen**, während palästinensische Dörfer, Städte und Gemeinden mitansehen müssen, wie das landwirtschaftliche Hinterland, das die Grundlage der palästinensischen Wirtschaft in diesem Gebiet bildet, Stück für Stück zerstört wird.

¹³ „[Smotrich erhielt weitreichende Befugnisse über das Westjordanland und die Kontrolle über die Siedlungsplanung](#)“, The Times of Israel, 23. Februar 2023.

¹⁴ „[HCJ-Petition: Aufhebung der Übertragung von Befugnissen an den stellvertretenden Leiter der Zivilverwaltung, was die Annexion des Westjordanlands bedeutet](#)“, Yesh Din, 1. Oktober 2024.

¹⁵ Ebenda.

¹⁶ „[Das Kabinett beschließt die Einleitung eines Grundbuchverfahrens, das Palästinenser aus ihren Ländereien im Westjordanland vertreiben würde](#)“, Peace Now, 12. Mai 2025.

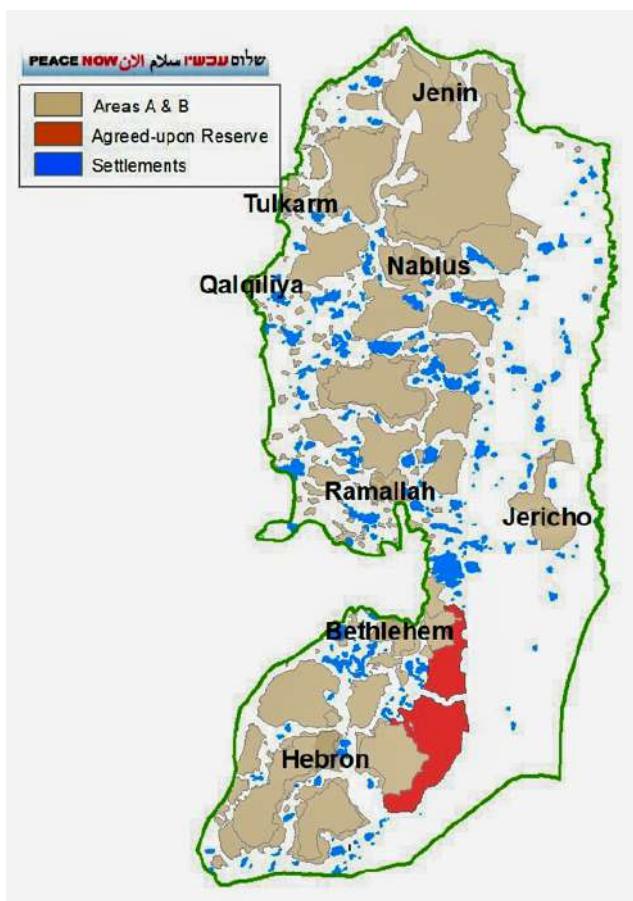
¹⁷ Ebenda.

¹⁸ Ebenda.

¹⁹ „[Neuer Gesetzentwurf sieht unbegrenzten Landkauf durch Siedler im Westjordanland vor](#)“, Peace Now, 15. November 2024.

b. Annexion vor Ort in Bethlehem

In einem beispiellosen Schritt hat Israel auch seine Annexionspolitik beschleunigt und im Juli 2025 zwei Militärverordnungen erlassen, mit denen 167.000 Dunum Land im östlichen Gouvernement Bethlehem annektiert werden – 167 der 644 Quadratkilometer der Region, mehr als ein Viertel ihrer Gesamtfläche und fast drei Prozent der Gesamtfläche des Westjordanlands.²⁰ Im Rahmen des Wye-Abkommens von 1998 wurde Land in der Provinz von Gebiet C (unter ausschließlicher israelischer Kontrolle) in Gebiet B (unter israelischer Sicherheitskontrolle, palästinensischer Zivilverwaltung) umgewandelt, und ein Großteil von Gebiet B wurde als „vertraglich vereinbarte/abgesprochene Reservate“ ausgewiesen. Letztere Ausweisung sollte ausdrücklich palästinensische Bautätigkeit in diesem Gebiet verhindern. Zusammen mit den angrenzenden Gebieten, die Israel als „Schießzonen“ ausgewiesen hat, erstreckt sich das Gebiet unter de facto israelischer Souveränität von Bethlehem bis zum Toten Meer und zur jordanischen Grenze.



Der erste Militärbefehl übertrug die Verantwortung für die Zivilverwaltung in den „vereinbarten Reservaten“ von der PA auf die israelische Armee, während der zweite rückwirkend palästinensische Bauvorhaben verbietet, was bedeutet, dass Roth als stellvertretender Leiter mit effektiver Kontrolle über die Zivilverwaltung Roth, ein enger Verbündeter von Smotrich, nun die Befugnis hat, alle palästinensischen Gebäude abzureißen, die seiner Meinung nach seit 1998 illegal in diesem Gebiet errichtet wurden, ohne dass ein Recht auf Berufung oder Aufhebung der Anordnung besteht.

Während diese Militärbefehle angeblich dem Schutz der natürlichen Umwelt der „vereinbarten Reservats“ zu schützen, sind israelische Siedler damit beschäftigt, in diesem Gebiet Infrastruktur aufzubauen, offenbar um ihre Pläne zur Errichtung von Siedlungen dort voranzutreiben.

Smotrich selbst bestätigte diese Pläne, als er bei einem Besuch in der Region im August 2024 versprach, die illegale Präsenz und Kontrolle israelischer Siedler in diesen Gebieten zu

festigen.²¹

Israel hat außerdem 2024-5 über 25.000 Dunum (über 25 Quadratkilometer) in und um das Gouvernement Bethlehem zu Staatsland erklärt.²² Die Erklärung von Land zu Staatsland ist eine der wichtigsten Methoden, mit denen Israel palästinensisches Land im Westjordanland beschlagnahmt, wobei es sich einer drakonischen Auslegung eines osmanischen Gesetzes aus dem Jahr 1858 bedient.²³ Die Erklärung von Land zu Staatsland sollte nicht auf palästinensischem Privatland angewendet werden, doch in der Praxis schränkt dies Israels Landnahme selten ein, da der größte Teil dieses Landes nicht registriert ist. Israel hat dafür gesorgt, dass bürokratische Hürden die Landregistrierung durch Palästinenser effektiv

²⁰ „[Israelische Regierung übernimmt Befugnisse der Palästinensischen Autonomiebehörde in Gebiet B](#)“, Peace Now, 19. Juli 2024.

²¹ „[Smotrich besichtigt Land in der Nähe von Bethlehem, das er nun kontrolliert, und droht mit systematischer Zerstörung palästinensischer Gebäude](#)“, Foundation for Middle East Peace, 23. August 2024.

²² „[Die Regierung erklärt 12.000 Dunam im Jordantal zu Staatsland](#)“, Peace Now. 3. Juli 2024.

²³ „[Was ist eine Erklärung zum Staatsland?](#)“, Peace Now, 8. September 2014.

verhindern, und die Briten und Jordanier konnten vor 1967 nur ein Drittel des Landes im Westjordanland registrieren. Israel verpachtet Staatsland ausschließlich an Israelis.²⁴

Der große Siedlungsblock Gush Etzion südlich von Jerusalem und südlich und westlich von Bethlehem wird ebenfalls erheblich erweitert.²⁵ Eine neue Siedlung, Nahal Heletz, soll auf einem UNESCO-Weltkulturerbe-Gelände errichtet werden – dem Land der Oliven und Weinreben, einer Kulturlandschaft südlich von Jerusalem, Battir –, wodurch palästinensische Bauern von ihrem Land abgeschnitten würden, wenn die Siedlung wie üblich auf das umliegende Land ausgedehnt wird.²⁶ Außerdem wurden Pläne zum Bau von fast 1.000 neuen Wohnungen in der Siedlung Efrat südlich von Bethlehem und im Siedlungsblock Gush Etzion bekannt gegeben.²⁷ Israeliische Außenposten, die oft für die Viehzucht genutzt werden, aber das umliegende Land für Weideland beanspruchen, haben seit dem 7. Oktober 2023 in der Westbank um 50 Prozent zugenommen, und mehrere davon wurden westlich und südöstlich von Bethlehem errichtet.²⁸ Die Konzentration von Viehzucht-Außenposten im letzteren Gebiet steht im Zusammenhang mit der Vertreibung mehrerer palästinensischer Beduinengemeinschaften.

Seit Mitte 2023 haben israelische Siedler auch das Straßennetz erheblich ausgebaut. Bis August 2024 wurden insgesamt 139 neue Straßen mit einer Gesamtlänge von 116,4 Kilometern im Westjordanland gebaut und viele weitere bestehende Wege und unbefestigte Straßen ausgebaut.²⁹ Obwohl die meisten dieser Straßen nicht genehmigt waren, wurden sie mit staatlichen Mitteln gebaut, und etwa zwei Drittel davon (75,3 Kilometer) verliefen durch palästinensisches Privatland.³⁰ Palästinensern ist es verboten, diese Straßen zu benutzen, selbst wenn sie durch ihr Land führen. Israeliische Streitkräfte haben palästinensisches Land in der Stadt Tuqu südöstlich von Bethlehem für den Bau einer Straße beschlagnahmt.³¹ Die Stadt hat bereits den Zugang zu einem Großteil ihres Landes verloren, und um sie herum wurden sieben Tore errichtet, die den Zugang zu den umliegenden Dörfern und dem landwirtschaftlichen Hinterland der Stadt einschränken.

c. Eskalierende Politik der Zwangsumsiedlung in Bethlehem

In einer alarmierenden Eskalation hat Israel auch seine Politik der Zerstörung palästinensischer Strukturen, Gebäude und Häuser erheblich ausgeweitet und erreicht nun auch das Gebiet A, das unter der ausschließlichen Kontrolle der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) steht. Die meisten dieser Abrissverfügungen zielen darauf ab, „Pufferzonen“ von 75 bis 120 Metern um Umgehungsstraßen oder die Annexionsmauer zu schaffen. Seit dem 7. Oktober 2023 wurden jedoch „besondere Notfallvorschriften“ erlassen, die normalerweise für Kriegszeiten reserviert sind, um Abrisse in der Nähe israelischer Siedlungen aus Sicherheitsgründen zu rechtfertigen.³²

Die militärischen Befehle, die faktisch die vereinbarten Reserve für israelische Siedlungen öffneten und Smotrichs Verbündetem Roth die Kontrolle über die Zerstörung palästinensischer Strukturen, Gebäude und Häuser übertrugen, haben das Tempo der Zerstörungen in diesem Gebiet und das Ausmaß der Enteignung der Palästinenser erheblich beschleunigt.

²⁴ „Die Regierung erklärt 8.000 Dunam im Jordantal zu Staatsland“, Peace Now, 22. März 2024.

²⁵ „Israels koloniale Expansion in Bethlehem: Landenteignung und Angriffe der Kolonatoren“, Badil, 25. August 2024.

²⁶ „Israelische Siedlung auf UNESCO-Welterbestätte laut Aktivisten eine unmittelbare Bedrohung für die Region“, The Art Newspaper, 19. August 2024.

²⁷ „Israel treibt Pläne für 1.000 neue Siedlerhäuser in Bethlehem voran“, The New Arab, 17. Februar 2025.

²⁸ „Analysen zeigen, dass israelische Außenposten seit dem 7. Oktober im Westjordanland stark zugenommen haben. Palästinenser befürchten, dass als nächstes eine Annexion folgen könnte“, CNN, 20. März 2025.

²⁹ „Alle Wege führen zur Annexion“, Peace Now, 18. Mai 2025.

³⁰ Ebenda.

³¹ „Israelische Streitkräfte zerstören palästinensisches Land in einer Stadt in der Nähe von Bethlehem, um eine neue Kolonialstraße zu bauen“, Wafa News Agency, 10. Juli 2025.

³² „Alarmierend: Israeliische Zerstörungen auf die Gebiete A und B des besetzten Westjordanlands ausgeweitet“, 16. Januar 2025; „Israel beschlagnahmt weiteres palästinensisches Land im besetzten Westjordanland“, Middle East Monitor, 7. April 2025.



erteilt, und seit 1993 isoliert und schikaniert Israel die Bewohner in einem Ausmaß, das laut einem Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen einer „indirekten Zwangsumsiedlung“ gleichkommt.³³ **Die Anordnung bedeutet, dass das gesamte Dorf nun unmittelbar von Abriss und Vertreibung seiner Bevölkerung bedroht ist.**³⁴ Dies ist eine erhebliche Eskalation der Abriss- und Enteignungsmaßnahmen, da im gesamten Jahr 2024 nur 68 palästinensische Gebäude an verschiedenen Orten in der Provinz Bethlehem abgerissen wurden.³⁵

Die Landeignung und die Ausweitung der Siedlungen in Bethlehem haben sich seit dem 7. Oktober 2023 beschleunigt, was insgesamt dazu geführt hat, dass Bethlehem nur noch 10 Prozent seines ursprünglichen Territoriums umfasst, da Siedlungen gegründet wurden und gewachsen sind und ihre wirtschaftlichen Hinterlandgebiete und Pufferzonen erweitert wurden.³⁶

Ein Großteil der Landeignungen in der Region Bethlehem seit dem Angriff Israels auf Gaza hat die Ausweitung der Siedlungen und die Verbesserung ihrer Sicherheit erleichtert, mit dem Ziel, zusammenhängende Siedlungsblöcke zu schaffen und ein „Groß-Jerusalem“ zu errichten.³⁷

Die israelischen Abrissmaßnahmen im Gouvernement Bethlehem konzentrierten sich auf Flüchtlingslager und umliegende Dörfer. Die Lager mit ihrer dichten und eng bebauten Stadtarchitektur und ihrer benachteiligten, bereits vertriebenen Bevölkerung waren historisch gesehen natürliche Zentren des Widerstands gegen die israelische Besatzung und nach dem 7. Oktober Schauspielplatz bewaffneter Zusammenstöße mit israelischen Sicherheitskräften. Die Hauszerstörungen im Rahmen dieser Operationen in und um die Lager sind Teil der Unterdrückung tatsächlichen und potenziellen Widerstands und wurden im Rahmen umfassenderer Operationen durchgeführt, die eine Mischung aus Einschüchterungstaktiken, groß angelegten Razzien,



³³ „Bericht des Sonderberichterstatters über die Menschenrechtslage in den seit 1967 besetzten palästinensischen Gebieten, Richard Falk“, Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte, 13. Januar 2014.

³⁴ „Israel will im Rahmen der jüngsten Landnahme im Westjordanland ein ganzes Dorf östlich von Bethlehem zerstören“, The Cradle, 27. Januar 2025.

³⁵ „Nach Angaben des Büros der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) hat Israel im Laufe des Jahres 2024 1.058 palästinensische Gebäude im Gebiet C des besetzten Westjordanlands abgerissen, darunter 192 Wohngebäude, wodurch 860 Palästinenser vertrieben und etwa 38.000 weitere Menschen in Mitleidenschaft gezogen wurden. Die Zerstörungen konzentrierten sich hauptsächlich auf Jerusalem mit 190, Hebron mit 172 und Bethlehem mit 68.“ „Humanitarian Situation Update #299 | West Bank“, Büro der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten, 26. Juni 2025.

³⁶ „Israel genehmigt neue illegale Siedlung auf UNESCO-Gelände in der Nähe von Bethlehem“, Al Jazeera, 15. August 2024.

³⁷ „Israels koloniale Expansion in Bethlehem: Landeignung und Angriffe der Kolonatoren“, Badil, op. cit.

Israel treibt auch seine seit langem bestehenden Pläne zur Zerstörung des winzigen Dorfes Khallet an-Nu'man voran, wobei die Stadtverwaltung von Jerusalem Abrissbescheide für alle 45 Wohngebäude erlassen hat. Das Dorf, in dem 150 Palästinenser, darunter 40 Kinder, leben, wurde 1967 in Ostjerusalem eingegliedert. Den Bewohnern wurden jedoch nie Aufenthaltsgenehmigungen für Ostjerusalem

Massenverhaftungen und äußerst invasiven Ermittlungen umfassten.³⁸

Häuser wurden mit blauer Farbe zur Zerstörung markiert, israelische Flaggen wurden über ihnen gehisst und Flugblätter wurden über den Stadtvierteln abgeworfen, in denen mit Räumung gedroht wurde.³⁹ Diese Operationen, die sich auf die Flüchtlingslager Dheisheh, Aida und Azza konzentrieren, sind Vorbereitungen für die Operation „Eiserne Mauer“, in deren Rahmen Israel seine Kampagne gegen „die iranische Achse, wo immer sie sich erstreckt“ ausweitet, um „die Sicherheit in Judäa und Samaria (wie Israel das Westjordanland nennt) zu stärken und brutale Präventivmaßnahmen gegen Flüchtlingslager im gesamten Westjordanland zu ergrifffen, um mögliche zukünftige Orte des Widerstands einzuschüchtern oder auszumerzen.⁴⁰



Bei Operationen gegen Lager im Norden des Gebiets wurden die Lager Jenin, Tulkarem und Nur Shams dem Erdboden gleichgemacht und ein Großteil ihrer Bevölkerung vertrieben. Die Zerstörung wurde mit der Zerstörung verglichen, die Israel Gaza zugefügt hat.

Auch andere Lager im Norden des Westjordanlands wurden weitgehend zerstört, wodurch über 40.000 Palästinenser vertrieben wurden. Die Operationen gegen die Lager in Bethlehem haben zwar noch nicht diese Intensität erreicht, doch Israel hat als Reaktion auf Zusammenstöße in der Umgebung mit einer Eskalation seiner Operationen gedroht.

Ermutigt durch die rechtsextreme Regierung Israels hatte die Gewalt der Siedler gegen Palästinenser und deren Eigentum bereits vor dem 7. Oktober 2023 ein beispielloses Ausmaß erreicht. Seitdem hat sie erheblich zugenommen. Obwohl die Gewalt der Siedler oft als etwas anderes als die staatliche Gewalt im Rahmen der israelischen Besatzung angesehen wird, ist sie in Wirklichkeit eine Erweiterung davon.⁴¹ So wie die Siedler die Speerspitze der israelischen Besetzung palästinensischer Gebiete sind und die Aneignung palästinensischen Landes im Westjordanland durch den israelischen Staat und israelische Bürger vorantreiben, ist die Gewalt der Siedler in vielerlei Hinsicht die Speerspitze der Gewalt und Enteignung, die der israelische Staat den Palästinensern zufügt. Seit 1967, als die Siedler kamen, ist der Staat in der Regel gefolgt, um sie zu schützen und ihnen zu helfen, ihre Gewinne zu konsolidieren. Die israelischen Sicherheitskräfte „sehen tatenlos zu“, wenn Siedler Palästinenser und deren Eigentum angreifen, und greifen oft erst im Nachhinein ein, um die Palästinenser festzunehmen.⁴² Palästinenser werden von den israelischen Sicherheitskräften effektiv dafür bestraft, dass sie Opfer der Gewalt israelischer Siedler sind, während die Siedler selbst, wie ausführlich dokumentiert wurde, fast vollständige Straffreiheit genießen.⁴³

³⁸ Siehe beispielsweise „[Eskalierende Gewalt durch Siedler im Westjordanland: Landzerstörung in Khillet al-Qutn, südlich von Bethlehem](#)“, Balasan Initiative for Human Rights, 15. April 2025; „[Strategische Landnahme: Israels Annexionsbestrebungen in Al Khader, südlich von Bethlehem](#)“, Balasan Initiative for Human Rights, 29. April 2025; „[Aktuelles aus dem Einsatzgebiet: Systematische Einschüchterung und eskalierende Maßnahmen in Wadi Fukin, westlich von Bethlehem](#)“, Balasan Initiative for Human Rights, 12. Mai 2025.

³⁹ „[Israelische Armee überfällt palästinensisches Flüchtlingslager im besetzten Westjordanland inmitten](#) der Eskalation“, Andalou Agency, 4. Februar 2025.

⁴⁰ „[Eiserne Mauer: Israel stürmt Westjordanland mit neuem Kriegsziel](#)“, Foundation for the Defense of Democracies, 21. Januar 2025.

⁴¹ „[Settler Violence = State Violence](#)“ ([Gewalt durch Siedler = staatliche Gewalt](#)), Das israelische Informationszentrum für Menschenrechte in den besetzten Gebieten. Zugriffsdatum: 20. Juli 2025.

⁴² Siehe beispielsweise „[Tatenlos zusehen: Die Untätigkeit der IDF-Soldaten angesichts der Übergriffe von Israelis auf Palästinenser im Westjordanland](#)“, Yesh Din, 21. Januar 2015; und „[Gewalt durch Siedler = staatliche Gewalt](#)“, Btselem, 25. November 2021.

⁴³ „[Datenblatt: Strafverfolgung israelischer Zivilisten im Westjordanland \(Gewalt durch Siedler\)](#), 2005–2024“, Yesh Din, 16.

Die Sicherheitskräfte greifen nur dann ein, um die Siedler zu schützen oder um (in der Regel kurzfristige) Interessen des israelischen Staates zu wahren.⁴⁴ Mit anderen Worten: Jede Einschränkung, die der israelische Staat gegenüber der Siedlerbewegung ausgeübt hat, war in der Regel nur von kurzer Dauer. Es gab mehrere Fälle von Gewalt durch Siedler an zehn verschiedenen Orten im Gouvernement Bethlehem – Sa'eer, al-Naqub, Masabeeh, Thahrit al-Nada, Keesan, Janata, 'Asakreh, Janata, Tqou und im al-Makhrour-Tal. Bei allen diesen Vorfällen kam es zu schweren Sachschäden, in vielen Fällen zu schwerer Gewalt gegen Palästinenser und in vielen Fällen zur Enteignung von Palästinensern von ihrem Land ohne echte Chance auf Rückkehr.⁴⁵ Mit der faktischen Schaffung der Siedlungsverwaltung unter Roth dürfte jede Einschränkung der Vergangenheit angehören. Die Straffreiheit, die die Siedler genießen, und die Gewalt, die sie anwenden, sollen die Palästinenser einschüchtern und terrorisieren. Aber die Gewalt der Siedler ist nicht nur staatlich geförderter Terrorismus, sondern auch staatlich geschützter Terrorismus.

Seit dem 7. Oktober 2023 hat Israel über 150.000 Waffen an Siedler im Westjordanland verteilt und die Waffengenehmigungen gelockert. Zu den 89 Milizen, die vor diesem Datum im Westjordanland existierten – private Milizen, die vom israelischen Militär und Siedlungswachen ausgebildet und ausgerüstet wurden – sind 800 neue Siedlermilizen hinzugekommen.⁴⁶ Darüber hinaus sind insbesondere seit dem 7. Oktober viele der Soldaten im Westjordanland Reservisten, die aus den Siedlungen einberufen wurden. Es gibt Berichte, dass Soldaten sich in Zivilkleidung umgezogen haben, um sich an der Gewalt der Siedler zu beteiligen.

Januar 2025; und „[Internationale Gemeinschaft aufgefordert, gegen Israels wiederholtes Versagen, Angriffe von Siedlern auf palästinensische Gemeinden zu unterbinden](#)“, Norwegischer Flüchtlingsrat, 17. April 2024.

⁴⁴ „[Israelisches Militär nimmt sechs Siedler nach Angriff auf Streitkräfte im besetzten Westjordanland fest](#)“, CNN, 28. Juni 2025.

⁴⁵ „[Gewalt durch Siedler im Westjordanland: Ein Instrument zur Zwangsverteilung](#)“, Balasan Initiative for Human Rights, 10. Februar 2025.

⁴⁶ „[Wie Israel israelische Siedler bewaffnet](#)“, Visualizing Palestine. Zugriffsdatum: 19. Juli 2025.

4. Einblicke in die Annexion und die Gewalt der Siedler im Gouvernement Bethlehem:

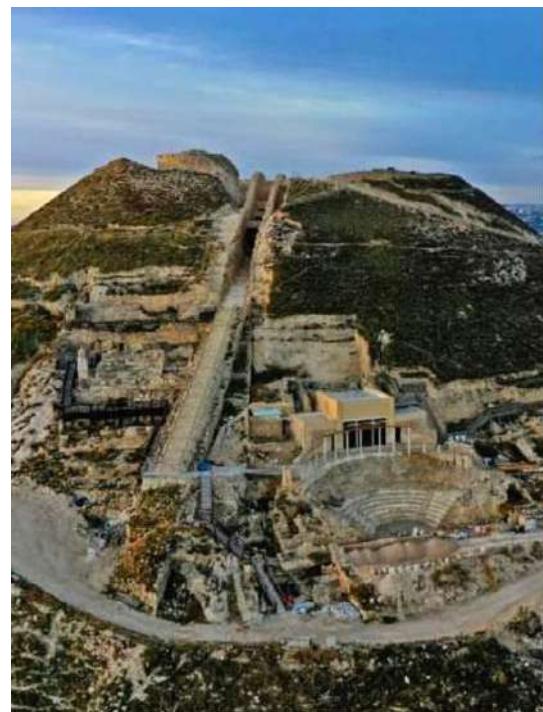
1. Al-Makhour-Tal: UNESCO-Stätte unter Belagerung

Am 17. Juni 2024 vertrieben israelische Siedler die Familie Kosieyeh gewaltsam von ihrem Land in Al-Makhour, Bethlehems letzter Grünfläche und Teil eines UNESCO-Weltkulturerbes, und ebneten damit den Weg für die Erweiterung der Siedlungen, trotz ihrer kulturellen und ökologischen Bedeutung (Quelle: BIHR, Dringend: Israeliische Siedler vertreiben Palästinenser gewaltsam aus Al-Makhour).



Berg Herodium: Archäologie als Annexion

Am 22. Februar 2024 intensivierte Israel die archäologischen Arbeiten im Nationalpark Berg Herodium und nutzte historische Narrative, um die Annexion zu rechtfertigen und den Zugang der Palästinenser zu den umliegenden Gebieten zu verhindern (BIHR).



3. Razzien im Flüchtlingslager Dheisheh

Am 5. August 2024 markierten israelische Streitkräfte während einer Militäraktion im Flüchtlingslager Oheisheh Häuser zum Abriss und setzten damit ihre Strafmaßnahmen fort, die auf eine kollektive Vertreibung abzielen (Quelle: BIHR, Israel markiert Häuser zum Abriss während Militäraktion im Flüchtlingslager Oheisheh).



4. Khillet al-Qutn Land planieren

Am 20. Mai 2024 haben Siedler unter militärischem Schutz landwirtschaftliche Flächen in Khillet al-Qutn südlich von Bethlehem planiert, wodurch Lebensgrundlagen zerstört und die territoriale Kontrolle ausgeweitet wurden (Quelle: BIHR).



5 Al-Khader-Übergriff

Am 29. April 2024 führten neue Siedlerstraßen und Infrastrukturprojekte in Al-Khader zu einer strategischen Zersplitterung des palästinensischen Gebiets und zur Isolierung der Gemeinden von ihrer Landwirtschaft (Quelle: BIHR, Anexion von Land Israels in Al Khader, südlich von Bethlehem)



6. Wadi Fukin Belagerung

Am 12. Mai 2024 war Wadi Fukin sys tematischen Einschüchterungsmaßnahmen ausgesetzt , darunter Razzien, Straßensperren und die Ausweitung von Siedlungen, wodurch sein einzigartiges landwirtschaftliches Ökosystem und die Widerstandsfähigkeit der Gemeinschaft bedroht wurden (Quelle: BIHR, Systematic Intimidation and Escalating Measures Wadi Fukin, West von Bethlehem).



Auswirkungen des Krieges im Gazastreifen auf Bethlehem

Am 18. März 2024 führte der Krieg im Gazastreifen zu einer weiteren Spaltung Bethlehems, wobei neue Kontrollpunkte, Siedlungsaktivitäten und Straßensperren die Bewegungsfreiheit und den Zugang zu Lebensgrundlagen stark einschränkten. (Quelle: BIHR)



Marinella Bandini©

5. Völkerrecht

Nach Jahrzehntelangem Zögern haben die nach dem Zweiten Weltkrieg eingerichteten internationalen Menschenrechtsmechanismen wiederholt festgestellt, dass die Besetzung, die heimliche Annexion und die damit verbundenen Praktiken Israels gegenüber den Palästinensern illegal sind. Während der Internationale Gerichtshof (IGH) im Januar 2024 ein plausibles Risiko feststellte, dass Israel in Gaza Völkermord begeht, warnte ein Bericht der UN-Sonderberichterstatterin Francesca Albanese vom Oktober 2024 vor der Gefahr einer Völkermordabsicht im Westjordanland und kam zu dem Schluss, dass es „begrundete Anhaltspunkte dafür gibt, dass Israel in Gaza Völkermord begangen hat“ und dass „die Verwüstung, die Gaza zugefügt wurde, nun auf das Westjordanland, einschließlich Ostjerusalem, übergreift... Die einzige Schlussfolgerung, die sich aus all dem vernünftigerweise ziehen lässt, ist die eindeutige Absicht, „die Fähigkeit der Gruppe, sich zu erneuern und damit ihr langfristiges Überleben zu sichern“, anzugreifen.⁴⁷ Dieser Bericht konzentriert sich auf die Verbrechen, die Israel im Gouvernement Bethlehem im Westjordanland begangen hat und begeht, um die Annexion palästinensischen Landes voranzutreiben: eine dauerhafte und daher rechtswidrige Besetzung, Zwangsumsiedlung, Apartheid und Verfolgung. Er stellt klar, dass „folglich Verhaltensweisen wie wiederholte Zwangsumsiedlungen, die zur Trennung vom Land führen ... als ‚signifikant für das Vorliegen einer bestimmten Absicht ... als Inspiration für [andere genozidale] Handlungen‘ angesehen werden müssen“.⁴⁸

Nach dem humanitären Völkerrecht (IHL) ist eine militärische Besetzung (auch als kriegerische Besetzung bezeichnet) als vorübergehend gedacht, aber dieses Recht definiert nicht, was vorübergehend bedeutet.

⁴⁷ „Völkermord als koloniale Auslöschung – Bericht von Francesca Albanese, Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen zur Lage der Menschenrechte in den seit 1967 besetzten palästinensischen Gebieten“, Vereinte Nationen, 1. Oktober 2024.

⁴⁸ Ebenda, Absatz 47.

Das humanitäre Völkerrecht verbietet zwar eine „verlängerte“ Besatzung nicht ausdrücklich, legt jedoch eindeutig fest, dass die Besatzungsmacht keine Maßnahmen ergreifen darf, die die Besatzung dauerhaft machen.⁴⁹ Ein ehemaliger Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen und die Unabhängige Internationale Untersuchungskommission der Vereinten Nationen für das besetzte palästinensische Gebiet, einschließlich Ostjerusalem, und Israel sind beide zu dem Schluss gekommen, dass die Veränderungen, die Israel seit 1967 im besetzten Westjordanland vorgenommen hat, darunter die Errichtung von Siedlungen, die Annexion von Land und die Ausbeutung natürlicher Ressourcen – insbesondere von Wasser –, Schritte sind, die Israel unternommen hat, um seine Besatzung dauerhaft zu machen, wodurch diese illegal wird.⁵⁰

Es ist kaum glaubhaft, dass die Anwesenheit von 750.000 Siedlern und die massive Infrastruktur, die Israel zu ihrem Schutz und Unterhalt unterstützt, als etwas anderes als dauerhaft gedacht ist. Darüber hinaus sind die Erklärungen der israelischen Regierung und der Siedler selbst, dass „Judäa und Samaria“ – die anachronistischen und historisch irreführenden Begriffe, die Israel aus der Geschichte übernimmt, um das Westjordanland zu bezeichnen – integraler Bestandteil Israels sind, ein starker Beweis dafür, dass die Israelis und ihre Regierung die Besatzung nicht als vorübergehend betrachten. Die Fiktionen, mit denen Israel die Dauerhaftigkeit seiner Besatzung verschleiert hat, von der Vermeidung einer formellen rechtlichen Annexion und der Behauptung, dass die Palästinenser im Westjordanland unter jordanischem Recht stehen, bis hin zum „Friedensprozess“, der zu einer „Zweistaatenlösung“ führen sollte, die Israel durch die Fortsetzung und Ausweitung seiner Siedlungen auf palästinensischem Gebiet aktiv untergraben hat, sind genau das: Fiktionen.

Darüber hinaus stellt die Vierte Genfer Konvention klar, dass es für eine Besatzungsmacht illegal ist, die Zivilbevölkerung eines besetzten Gebiets zu deportieren oder gewaltsam zu transferieren oder ihre eigene Bevölkerung in dieses besetzte Gebiet zu transferieren.⁵¹ Diese Handlungen gelten als Kriegsverbrechen und schwere Verstöße gegen das Völkerrecht, und wie in diesem Bericht in Bezug auf das Siedlungsunternehmen deutlich gemacht wird, hat Israel eindeutig beide Verbrechen begangen.

Das Verbrechen der Apartheid ist mehr als nur ein emotionaler und abwertender Begriff, der Israel mit der früheren Situation in Südafrika vergleichen soll. Es wird im Völkerrecht definiert als „unmenschliche Handlungen, die zum Zweck der Errichtung und Aufrechterhaltung der Herrschaft einer Rassengruppe über eine andere Rassengruppe und deren systematische Unterdrückung begangen werden“. Die Besetzung und heimliche Annexion des Westjordanlands durch Israel erfüllt eindeutig die drei Hauptelemente des Verbrechens der Apartheid, wie sie in der Apartheid-Konvention und im Römischen Statut festgelegt sind: die Absicht, ein System der Herrschaft der Israelis über die Palästinenser im Westjordanland aufrechtzuerhalten, die systematische Unterdrückung dieser Palästinenser durch die Israelis und die weit verbreiteten oder systematischen *unmenschlichen Handlungen* der Israelis gegen die Palästinenser im Rahmen dieser Politik.⁵² Wie in diesem Bericht oben dargelegt, entspricht die systematische Enteignung der Palästinenser durch Israel im Rahmen seiner heimlichen Annexion eindeutig dieser Definition und beschreibt die Situation im Westjordanland zutreffend.

Im Juli 2024 befand der IGH, dass die gesamte Präsenz Israels in den besetzten palästinensischen Gebieten rechtswidrig sei und dass Israel für das Verbrechen der Apartheid verantwortlich sei, und entschied, dass Israel alle Siedlungsaktivitäten unverzüglich einstellen, alle diskriminierenden Gesetze und Maßnahmen aufheben und den Palästinensern vollständigen Schadensersatz leisten müsse.⁵³

⁴⁹ „[Die \(Il-\)Legalität der anhaltenden Besetzung des palästinensischen Gebiets durch Israel: Perspektiven aus den Berichten des UN-Sonderberichterstatters und der Untersuchungskommission vom September 2022](#)“, Opinio Juris, 7. März 2023.

⁵⁰ „[Israelische Besetzung palästinensischer Gebiete illegal: UN-Menschenrechtskommission](#)“, United Nations News, 20. Oktober 2022.

⁵¹ „[Regel 129: Vertreibung](#)“ und „[Regel 130: Überführung der eigenen Zivilbevölkerung in besetztes Gebiet](#)“, Datenbanken zum humanitären Völkerrecht, Internationales Komitee vom Roten Kreuz.

⁵² „[Eine Schwelle überschritten: Die israelischen Behörden und die Verbrechen der Apartheid und Verfolgung](#)“, Human Rights Watch, 27. April 2021; „[Internationales Übereinkommen zur Bekämpfung und Bestrafung des Verbrechens der Apartheid](#)“, G.A.r.,es. 3068 (XXVIII), 28 U.N. GAOR Supp. (Nr. 30) auf Seite 75, U.N. Doc. A/9030 (1974), 1015 U.N.T.S. 243, in Kraft getreten am 18. Juli 1976; „[Römisches Statut des Internationalen Strafgerichtshofs](#)“, Internationaler Strafgerichtshof.

⁵³ „[World Court Finds Israel Responsible for Apartheid](#)“ (Weltgerichtsurteil: Israel [für Apartheid verantwortlich](#)), Human Rights Watch, 19. Juli 2024; „[Legal Consequences arising from the Policies and Practices of Israel in the Occupied Palestinian](#)“

Nach internationalem Recht gilt das Verbrechen der Verfolgung ebenso wie Apartheid als Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Verfolgung ist gemäß dem Römischen Statut des Internationalen Strafgerichtshofs (ICC) die vorsätzliche und schwere Verletzung grundlegender Rechte aus rassistischen, ethnischen oder anderen Gründen.⁵⁴ Dieses Verbrechen umfasst zwei Elemente, die beide, wie in diesem Bericht dargelegt, durch Israels Besetzung und heimliche Annexion des Westjordanlands eindeutig erfüllt sind: systematische schwere Verletzungen grundlegender Rechte und diskriminierende Absicht.

5. Schlussfolgerung und Empfehlungen

Die rechtlichen Konsequenzen der von Israel begangenen Verbrechen des Völkermords, der Apartheid, der Verfolgung und seiner offensichtlich rechtswidrigen und dauerhaften Besetzung palästinensischen Gebiets für alle Staaten sind klar. Drittens dürfen Staaten die durch Israels illegale Maßnahmen geschaffene Situation in den besetzten palästinensischen Gebieten, einschließlich derjenigen, die auf die Annexion der seit 1967 von Israel besetzten Gebiete abzielen, nicht anerkennen, unterstützen oder dabei helfen, sie aufrechtzuerhalten. Die Besetzung Palästinas durch Israel hat sich jedoch seit langem als immun gegen den Druck des Völkerrechts erwiesen, da Israel durch die aktive Unterstützung der USA, die in wichtigen internationalen Institutionen eine zentrale und hegemoniale Position einnehmen, und durch die stillschweigende Komplizenschaft der EU geschützt wird. In Fällen wie Israel, in denen das Völkerrecht eindeutig ist und die Verstöße seit langem für alle unparteiischen Parteien offensichtlich sind, müssen die Staaten aufhören, das Völkerrecht als Option und nicht als Verpflichtung zu behandeln.

Angesichts des Vetos der USA und der Tatsache, dass viele EU-Staaten ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen gegenüber Israel und dessen Besetzung/schleichender Annexion palästinensischen Gebiets nicht nachkommen werden, plädiert dieser Bericht für einen vielschichtigen Ansatz, bei dem internationale Akteure, die in gutem Glauben handeln, weiterhin Druck ausüben und Israels systematischen Verstößen ein Ende setzen. Bethlehem ist als wichtiger Ort der Besiedlung im Westjordanland, an dem Israels Projekt der Beschlagnahmung, Besiedlung und Annexion palästinensischen Landes sowie der Enteignung und Verfolgung von Palästinensern wohl am weitesten fortgeschritten ist, ein idealer Testfall für die internationale Gemeinschaft, um zu zeigen, wie man dem wirksam entgegenwirken kann. In Übereinstimmung mit diesem Ziel empfiehlt das BIHR, dass die UNO, die EU und staatliche Akteure einen Ansatz verfolgen, der diplomatischen Druck, rechtliche Rechenschaftspflicht sowie finanzielle und praktische Unterstützung für palästinensische Gemeinden und zivilgesellschaftliche Organisationen kombiniert, um auf Aktivitäten zu reagieren, die Israels heimliche Annexion des Gouvernements Bethlehem und des gesamten Westjordanlands vorantreiben. Die Zusammenarbeit, der Handel und die diplomatischen Beziehungen mit Israel sollten direkt an messbare Fortschritte bei der Beendigung und Umkehrung der Annexions- und Siedlungsaktivitäten geknüpft werden.

Die Unterstützung sollte darauf abzielen, sowohl i) die unmittelbaren Auswirkungen der Aktivitäten Israels auf die Palästinenser in der Provinz als auch ii) die rechtlichen Aspekte der Annexionspolitik Israels anzugehen.

Falls erforderlich, sollten die Mitgliedstaaten der EU (zum Beispiel) kollektive Maßnahmen auf multilateraler Ebene nicht verzögern, wenn keine Einstimmigkeit herrscht, sondern stattdessen plurilaterale Maßnahmen mit anderen gleichgesinnten Mitgliedstaaten verfolgen, insbesondere um den diplomatischen Druck auf Israel zu erhöhen und der israelischen Regierung, hochrangigen Beamten und Einrichtungen, die an Verstößen gegen das Völkerrecht in Bethlehem beteiligt sind, erhebliche Kosten aufzuerlegen.

Die Organisationen der Vereinten Nationen, darunter der UN-Menschenrechtsrat und die Sonderberichterstatter, sollten

[Territory, including East Jerusalem](#)” (Rechtliche Konsequenzen der Politik und Praxis Israels in den besetzten palästinensischen Gebieten, einschließlich Ostjerusalem), Internationaler Gerichtshof, 19. Juli 2024.

⁵⁴ „[Römisches Statut des Internationalen Strafgerichtshofs](#)“, Internationaler Strafgerichtshof.

- regelmäßig und periodisch aufgeschlüsselte Berichte über israelische Verstöße veröffentlichen, um Fälle von Zerstörungen, Landaneignungen, Siedlungsbau, Massenverhaftungen und Zwangsumsiedlungen in Bethlehem zu dokumentieren und so dem Mangel an verlässlichen spezifischen Statistiken für die Provinz entgegenzuwirken.
- disaggregierte Statistiken und Geodaten in die regelmäßigen Berichte beispielsweise des Büros der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten einfließen lassen, das derzeit Fälle im gesamten Westjordanland abdeckt, jedoch nicht konsequent über Verstöße in der Provinz und deren spezifische Auswirkungen auf die verbliebenen palästinensischen Christen berichtet.

Die EU und ihre Mitgliedstaaten sollten:

- internationale Untersuchungen zu Zwangsvertreibungen, Siedlungsausbau und Landenteignungen in Bethlehem und deren spezifischen Auswirkungen auf die verbliebenen palästinensischen Christen und das Westjordanland insgesamt fördern und erleichtern.
- internationale rechtliche Bemühungen unterstützen, beispielsweise durch den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH), um israelische Beamte, Einrichtungen und Personen zur Rechenschaft zu ziehen, die gegen das Völkerrecht verstößen, indem sie Aktivitäten durchführen, die Israels De-facto-Annexionspolitik vorantreiben, darunter Landenteignung, Zwangsumsiedlung und Zerstörung palästinensischer Gemeinden und Gebäude.
- lokale Menschenrechts- und zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich für die Überwachung und Dokumentation solcher Verstöße in Bethlehem einsetzen, finanziell unterstützen, um diese Lücken in der Berichterstattung zu schließen. sinnvolle Sanktionen und Maßnahmen verhängen, um die israelische Regierung, hochrangige Beamte und Einrichtungen für Verstöße gegen das Völkerrecht zur Rechenschaft zu ziehen.
- Verhängung gezielter Sanktionen, insbesondere das Einfrieren von Vermögenswerten und Reiseverbote in den Schengen-Raum, gegen Personen und Einrichtungen, die direkt an der Planung oder Umsetzung der Annexionspolitik beteiligt sind oder mit schweren Menschenrechtsverletzungen in Bethlehem und im Westjordanland im weiteren Sinne in Verbindung stehen.
- Verbieten Sie die Einfuhr von Waren und Dienstleistungen aus Siedlungsgebieten, um den Handel mit israelischen Siedlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten zu unterbinden.
- Verbieten Sie nationalen Einzelpersonen und Unternehmen in ihren jeweiligen Gerichtsbarkeiten, in die Erweiterung von Siedlungen zu investieren oder diese zu unterstützen.
- Die teilweise Aussetzung der Handelsbestimmungen und Vorteile, die Israel im Rahmen des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Israel gewährt werden, als Reaktion auf die wiederholten Verstöße gegen die Menschenrechte und das Völkerrecht vorantreiben, wobei Artikel 2 des Abkommens, der die Handelsbeziehungen an die Achtung der Menschenrechte knüpft, ein wichtiges Instrument für die Mitglieder des Blocks ist, um erhebliche Maßnahmen gegen die israelische Regierung zu ergreifen.
- Umfassendere finanzielle und wirtschaftliche Maßnahmen umsetzen, darunter

die Aussetzung eines Luftverkehrsabkommens und die Einschränkung der wissenschaftlichen und technologischen Zusammenarbeit mit Israel.

Der Staat Palästina sollte:

- eine Strategie für ein viel intensiveres Engagement zur Unterstützung lokaler Gemeinden, Nichtregierungsorganisationen, Schutzkomitees und Gemeinschaften, insbesondere in Gebiet C, entwickeln und umsetzen.
- Die touristische und landwirtschaftliche Bedeutung der Region Bethlehem energetischer fördern, insbesondere angesichts der historischen Bedeutung Bethlehems und seines touristischen Potenzials. Dazu gehören die Bereitstellung von Informationen, die Förderung touristischer Aktivitäten, Subventionen für palästinensische Landwirte und Bauträger, die Regularisierung von Grundbesitzurkunden und andere Anreize für die Erschließung und Nutzung von Land.
- Die internationale diplomatische Lobbyarbeit für die Notlage der lokalen Gemeinschaften in Bethlehem weiter vorantreiben.

